

EINE SCHULE *für Alle*

Warum Justin nicht mit Greta-Marie zur Schule gehen darf

In keinem anderen Land der OECD werden die SchülerInnen so früh selektiert und auf verschiedene Schulformen aufgeteilt wie in Deutschland. Diese Entscheidung weist den Weg für das spätere Leben der Kinder, denn die individuellen Chancen auf Teilhabe an den gesellschaftlichen und kulturellen Prozessen und nicht zuletzt die Chancen auf dem Arbeitsmarkt hängen direkt vom persönlichen Schulabschluss ab. Der Bildungserfolg selbst wiederum steht in direktem Zusammenhang mit der sozialen Herkunft. Durch die Mechanismen des mehrgliedrigen Schulsystems werden Kinder aus „bildungsfernen Schichten“, mit Migrationshintergrund oder Behinderungen konsequent diskriminiert und werden so schon früh als die Loser der Gesellschaft abgestempelt. Dies ist ein wichtiges Argument für die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems hin zu einer integrativen Schule für alle: die Überwindung der diskriminierenden Selektion im Bildungswesen.

Diese Debatte ist keineswegs neu. Sie wurde schon vor über 200 Jahren in Preußen geführt und dort wurde auch der Grundstein für unser heutiges Schulsystem gelegt. Dieses ist jedoch seitdem heiß umkämpft. Dass das im Sekundarbereich viergliedrige Schulsystem (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Sonderschule) keine Zukunft hat, musste auch der Hamburger CDU-Senat feststellen. Er will als Konsequenz daraus jedoch ein zweigliedriges Schulsystem machen. Dieses Modell wird als „Zwei-Säulen-Modell“ bezeichnet und steht für die Einrichtung von so genannten Stadtteilschule. Diese neue Schulform fasst bestehende Haupt-, Real- und Gesamtschulen als eine Säule zusammen. Erhalten bleiben die Gymnasien als zweite Säule und die Sonderschulen als im neuen Vorschlag nahezu vergessene dritte Säule. Diese Reform ist jedoch inkonsequent denn die Grundprobleme des Sortierens nach sozialen Kriterien und die damit verbundene Chancenungleichheit bleibt unberührt. Kinder aus sozial benachteiligten Familien, sowie Kinder mit Migrationshintergrund oder mit individuellen Beeinträchtigungen werden auch in dem von der CDU geplanten Modell unterschiedliche und nach wie vor schulformabhängige Bildungschancen haben.

Am 30.10. wurde auf einer Gründungsveranstaltung die Volksinitiative „Eine Schule für alle“ gestartet, die sich zum Ziel gesetzt hat, im Jahr 2009 ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen, das Eine Schule für Alle in Hamburg möglich macht. Diese Initiative besteht aus einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, das neben der SchülerInnenkammer und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auch von Parteien und weiteren Gewerkschaften getragen wird. Dies zeigt, dass die Bedeutung und Dringlichkeit einer weiteren Auseinandersetzung um die Schulstruktur in Hamburg erkannt wird und mit der Volksinitiative durch konkrete Handlungsschritte vorangebracht werden soll. Für die Volksinitiative werden zunächst 10.000 Unterschriften benötigt, die in der Zeit vom 30.10.2007 bis zum 03.01.2008 gesammelt werden.

Wir als GEW-Studierendengruppe sind der Ansicht, dass jeder Mensch das Recht auf die bestmögliche Bildung hat und unterstützen deshalb diese Initiative. Die tatsächliche Umsetzung des Rechts auf Bildung lässt sich nur durch Eine Schule für Alle erreichen, die in der vier- bzw. sechsjährigen Grundschule zwar schon angelegt, aufgrund von politischen Entscheidungen (à la „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern!“) aber nicht konsequent zu Ende gedacht ist.

Weitere Informationen finden sich auf der Homepage der Volksinitiative www.eineschule.de.

Entstehungsgeschichte und Hintergründe des mehrgliedrigen Schulsystems + Vorstellung der Volksinitiative „Eine Schule für alle“ Do., 8. November, 18 Uhr im Anna-Siemsen-Hörsaal, Pädagogisches Institut, VMP 8

Als Referenten dazu sind eingeladen:
Prof. Dr. Karl Dieter Schuck (Professor für die behindertenpädagogische Psychologie und Diagnostik)
Klaus Bullan (Vorsitzender der GEW Hamburg)

